

Maike Rademaker

Wälder in Flammen: Ist Deutschland vorbereitet?

Dass dringend etwas geschehen musste, wurde 1975 klar, auf grausame Art und Weise. Es begann mit einem kleinen Brand am Nachmittag des 8. August in einem Waldgebiet in der Lüneburger Heide. Das allein war nichts Ungewöhnliches, es brannte schon früher fast jedes Jahr in der Heide. Aber es war sehr heiß und seit Wochen hatte es nicht mehr richtig geregnet. Von einem Sturm im Vorjahr lag immer noch trockenes Holz und Gestrüpp herum.

Zehn Tage später zog die Republik eine fürchterliche Bilanz: Trotz des Einsatzes von über 30000 Kräften aus Freiwilligen Feuerwehren, Bundeswehr, Polizei und Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz, unterstützt von Panzern, Löschfahrzeugen und Hubschraubern, waren 8000 Hektar Wald und Heide abgebrannt. Fünf Feuerwehrleute hatten ihr Leben verloren. Es war der größte Waldbrand in der Geschichte der Bundesrepublik – die Presse sprach von „Dantes Inferno“.

Doch erschreckend waren nicht allein die Ereignisse, sondern auch, dass es nicht so hätte kommen müssen, denn Ursache für diesen Brand und die Toten waren nicht nur das Feuer und schlechte Bedingungen wie Trockenheit und Wind. Dahinter stand eine lange Liste an Entscheidungsfehlern, fehlender oder falscher Ausrüstung, Inkompetenz und Machtgerangel. Es fehlten Löschwasser, Funkgeräte und Fahrzeuge, Hilfe wurde zu spät angefordert, die Kommunikation zwischen vielen der Beteiligten war katastrophal.

Der Heidebrand war ein Weckruf für die Feuerwehr und die Waldbrandbekämpfung. Man bestellte moderne

Löschfahrzeuge, versorgte die Feuerwehr mit besseren Funkgeräten, klärte die Zuständigkeiten und legte in der Heide Zufahrtswege für schwere Fahrzeuge an. Danach war jahrelang Ruhe. Es brannte wie immer bundesweit in den Wäldern, mal mehr, mal weniger – im Schnitt rund 850 Mal im Jahr, aber im Prinzip hatte die Feuerwehr die Waldbrände im Griff.

Dann kam das trockene und heiße Jahr 2003 mit über 2500 Waldbränden, die über 1300 Hektar Wald vernichteten. Es folgten 2015, 2018, 2019, 2020 und 2022, Jahre mit jeweils über 1000 Bränden, 2022 sogar mit mehr als 2000, und es wurde klar: Der Klimawandel schafft eine neue Realität, die nach dem Heidebrand ergriffenen Maßnahmen reichen nicht mehr aus.

Das heißt nicht, dass es jetzt öfter brennt. Dieses Jahr fällt die Bilanz nach dem vielen Regen im Juli vermutlich weniger dramatisch aus, auch wenn ein Brand in der sächsischen Gorischheide 2400 Hektar Wald vernichtete. Aber die Gefahr, dass Brände leichter zu Großbränden eskalieren, nimmt durch die zunehmende Hitze und Trockenheit zu – und durch weitere menschengemachte Faktoren: Vor allem alte, überreife Nadelwälder, die brennen wie Zunder, und die zunehmende Korrosion von Munition auf Kampfmittelflächen in Wäldern.

Sind also zumindest die Feuerwehren darauf vorbereitet nach den Katastrophen der vergangenen Jahre? Nicht wirklich. Zwar sind sie deutlich besser ausgerüstet als 1975, aber für die großen, dynamischen Lagen reicht es nicht aus. Das Problem beginnt beim

fehlenden Umbau der Wälder zu Laubwäldern, die deutlich weniger anfällig sind für Brände als die Nadelbaumpflanzungen für die Holzindustrie.¹ Dieser Umbau geht immer noch viel zu langsam voran – dank der Lobby der Jäger², die Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer unbremst agieren lassen will.

Untätige Waldbesitzer

Bessere Brandprävention scheitert aber auch an den scheinbar einfachsten, aber zentralen Aufgaben, die nicht in der Hand der Feuerwehr liegen: den Zugang zu den Wäldern zu ermöglichen, Löschwasserentnahmestellen anzulegen und durch Maßnahmen wie Waldbrandschutzriegel der Ausbreitung von Bränden vorzubeugen. Dafür sind grundsätzlich die Waldbesitzer verantwortlich. Aber ausgerechnet diese Arbeiten erledigen sie oft nicht.

Rund 43 Prozent des Waldes in Deutschland gehören rund 700 000 Kleinwaldbesitzern, die meist nur wenige Hektar besitzen. Oft haben diese wenig Lust, Zeit und Geld, sich mit diesen Aufgaben zu befassen. Hunderttausende kümmern sich gar nicht um ihren Wald, weder um die Wege noch um die Brandlast, sprich umgekippte Bäume. Viele richten auch die notwendigen Löschwasserstellen nicht ein, trotz teilweise 100-prozentiger Förderung. In Brandenburg werden deshalb Flächen für Löschwasserstellen von Waldeigentümern kostenlos an das Land „verpachtet“, damit das Land dort Brunnen baut und unterhält.

Es geht aber noch schlimmer: Von zigtausenden dieser Waldbesitzer sind nicht einmal die aktuellen Adressen bekannt – sie sind nicht erreichbar. Es sind häufig Erbinnen und Erben, die in

Großstädten leben und ihren Wald nie gesehen haben. Allein in Brandenburg geht man von 10 000 Besitzern aus, deren Verbleib unbekannt ist.³ Selbst wenn Förster eingreifen wollen, kommen sie an diesem Punkt nicht weiter. Denn statt die Kleinwaldbesitzer in die Pflicht zu nehmen und ihnen den Passus „Eigentum verpflichtet“ finanziell zu verdeutlichen, werden sie von der Politik mit Samthandschuhen angefasst und gefördert.

Wohin das führt, zeigt wiederum Brandenburg. Das Land ist wegen der vielen Nadelwälder, des trockenen Klimas und der Kampfmittelbelastung der absolute Hotspot bei den Waldbränden. Immerhin stellte die Landesregierung 2019 einen Waldschutzplan auf – mit dem Ziel, rund 20 000 Kilometer Waldwege für den vorbeugenden Waldbrandschutz und die Waldbrandbekämpfung anzulegen. Bis jetzt sind davon aber nur rund 2 700 Kilometer realisiert. Die Gründe? Vor allem Schwierigkeiten mit Waldbesitzern.⁴

Besonders heikel ist das in Regionen mit kampfmittelbelasteten Flächen und damit vor allem in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Bomben, Granaten, Minen, Munition aus dem Zweiten Weltkrieg, aber auch aus der Zeit danach: Von der Roten Armee, den Westalliierten, der NVA, der Bundeswehr – sie alle haben große kontaminierte Flächen hinterlassen. Bund und Länder räumen seit Jahren auf, Zentimeter für Zentimeter – mit hohen Kosten. Deswegen legen die Länder regelmäßig im Bundesrat einen Gesetzentwurf vor, der den Bund auffordert, mehr zu zahlen. Ebenso regelmäßig wird das abgelehnt.

Es ist klar, dass es selbst mit mehr Geld vom Bund Jahrzehnte dauern wird, bis die Kampfmittel raus aus dem Boden sind. Klar ist aber auch, dass

1 Vgl. Zwischenbericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“, Bonn, Mai 2023.

2 Maike Rademaker, Wälder schützen, Rehe schießen, in: „Blätter“, 5/2024, S. 17–20.

3 Vgl. Maike Rademaker, Waldbesitzer: Warum Waldeigentum verpflichtet, zeit.de, 26.12.2022.

4 Vgl. Mailaustausch der Autorin mit dem Innenministerium Brandenburg.

manche Kampfmittel sich mit der Zeit nach oben arbeiten, korrodieren und explosive Stoffe freisetzen. Waldbrände sind daher in kontaminierten Wäldern nicht nur wahrscheinlicher, sondern auch eine besondere Herausforderung und Gefahr für Mensch und Technik. Niemand schickt Freiwillige Feuerwehren in einen Wald, der ihnen im wahrsten Sinne des Wortes um die Ohren fliegen kann. Prävention ist hier zentral, und da könnte man in dieser Legislaturperiode eigentlich Fortschritte erwarten, denn 2023 hat die jetzige Kanzlerpartei in einem Antrag gefordert, die Länder bei der Kampfmittelbeseitigung besser zu unterstützen. Im Koalitionsvertrag steht allerdings nichts dazu.

Selbst wenn aber die Wege in die Wälder vorhanden (und gepflegt) wären, bliebe ein anderes großes Problem bestehen: Waldbrände entstehen vor allem im ländlichen Raum, doch dort sind zunächst die Kommunen mit ihren Freiwilligen Feuerwehren zuständig – bundesweit gut eine Million engagierte Bürgerinnen und Bürger. Diese Struktur ist ein großer Vorteil im Vergleich zu europäischen Nachbarländern. Aber diese Feuerwehren leiden unter Mitgliederschwind, nicht nur aus demographischen Gründen: Mitglieder pendeln oft morgens an einen Arbeitsort und fehlen dann mindestens tagsüber für Einsätze zuhause.

Zwar werben die Feuerwehren überall kräftig, in Schulen für Kinderfeuerwehren und aktuell mit einer „Baumpflanzchallenge“ in den sozialen Medien. Außerdem gewähren Kommunen Feuerwehrleuten oft kleine Boni wie freien Eintritt zum Schwimmbad. Den Trend brechen konnten sie aber damit nicht. Dabei sind es die Freiwilligen Feuerwehren, die 90 Prozent der Brände löschen, bevor sie eskalieren.

Mehr Freiwillige wären auch deshalb wichtig, weil die Einsätze bei großen Waldbränden oft nicht nach ein, zwei Tagen beendet sind, sondern durch die Nachkontrolle von Glutnes-

tern Wochen dauern können – und Arbeitgeber mitten im Fachkräftemangel ungern ihr Personal gleich ganze Wochen missen wollen. Nicht zu vergessen: Freiwillige Feuerwehren kümmern sich nicht nur um Brände, sondern auch um Hochwasser und andere Katastrophen.

Alleingelassene Feuerwehren

Trotz dieser zentralen Rolle sind ausgerechnet diese Freiwilligen für Waldbrände nicht optimal ausgerüstet und ausgebildet.⁵ Das beginnt bei der PSA, dem persönlichen Schutzzug. Die freiwilligen Feuerwehrleute haben schwere Anzüge, die für den Innenangriff, also den Brand in Gebäuden – ihre Hauptaufgabe – ausgelegt sind. In brennenden Gebäuden halten sie sich aber meist nur einige Minuten auf. Bei Vegetationsbränden sind es dagegen Stunden, manchmal Tage, in denen sie großer Hitze ausgesetzt sind. Die jeweiligen Kommunen müssten daher leichte, feuerfeste Einsatzkleidung kaufen, die mit rund 450 Euro pro Person teuer zu Buche schlägt. Und so fehlt es bisher selbst in Gebieten mit hoher und häufiger Waldbrandgefahr oft an der adäquaten Ausrüstung. Hier sparen – im Ernst?

Was ebenfalls fehlt, ist eine zwingende fachliche Ausbildung für Vegetationsbrände. Die Freiwilligen durchlaufen grundsätzlich ein Aus- und Weiterbildungsprogramm mit vielen Pflichtelementen. Der Umgang mit Vegetationsbränden gehört nicht dazu – ihn zu lernen wird lediglich dringend empfohlen. Dabei ist der Umgang mit Feuer auf offenem Gelände, bei oft schnell wechselnden Wetterverhältnissen, etwas völlig anderes als in Straßen und Häusern. Auch deswegen kommt es immer wieder zu Verletzungen. Selbst im Brandhotspot Branden-

⁵ Vgl. Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz, Zwischenbericht Innenministerium „Nationaler Waldbrandschutz“, Bonn 2023.

burg sind die Kurse zur Vegetationsbrandbekämpfung keine Pflicht. Die Nachfrage ist allerdings da: Freiwillige Kurse sind schon jetzt überlaufen.

Solche Details – ehrenamtliche Arbeit mehr zu unterstützen, richtige Ausrüstung zu finanzieren, gute Ausbildung zu gewährleisten, das wäre politische Kärnerarbeit. Dafür finden sich vielleicht mal Kommunalpolitiker, aber sonst? Wer erhofft sich schon, mediale Punkte mit Klamottenwerbung für Feuerwehren zu sammeln? Stattdessen gibt es eine muntere Debatte über moderne und teure Technik – da geht es um Millionen Euro, das lohnt sich.

Zwar haben vor allem die Brände der vergangenen zehn Jahre zu Investitionen in bessere Ausrüstung geführt, sodass viele Feuerwehren heute hochmoderne Löschfahrzeuge haben. Es werden mittlerweile Drohnen für die Überwachung eingesetzt und zu Löschdrohnenschwärmen wird geforscht. Brandenburg verfügt als einziges Bundesland über einen unbemannten Löschroboter und hat gerade erst drei Dutzend Spezialfahrzeuge bestellt. Aber flächendeckend reicht es nicht: „Die deutschen Feuerwehren verfügen nur in geringem Umfang über spezielle Technik (Fahrzeuge und Gerät) für die Vegetationsbrandbekämpfung“, stellte 2023 die Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“ in ihrem Zwischenbericht fest. Diskutiert wird aber vor allem über Flugzeuge und Hubschrauber für den Löscheinsatz. Der Blick fällt dabei auf Nachbarländer wie Frankreich und Polen mit ihren Flugzeugflotten, während Deutschland vor allem Hubschrauber der Bundeswehr einsetzt, die Außenlasten, also Wasser, tragen können. Davon gibt es in Deutschland 70 Stück. „Aber niemand kann abrufen, wie viele davon zur Verfügung stehen, weil diese Daten nicht tagesaktuell gesammelt und gepflegt werden. Auch nicht, wenn die Waldbrandgefahr sehr hoch ist“, sagt Ulrich Cimolino, Waldbrandexperte des Deutschen Feu-

erwehrverbandes im Gespräch.⁶ Das ist aber nicht das einzige Problem: Kommunen und Feuerwehren müssen bei einem Brand jedes Mal entscheiden, ob sie Hubschrauber anfordern. Dabei gilt in der Regel: Wer bestellt, bezahlt auch – da kann schnell über eine Million Euro zusammenkommen. In der Frage „Flugzeug oder Hubschrauber“ hat die Union gefordert, man solle doch die Beschaffung von beidem prüfen. Doch statt über neue Flugzeuge und Hubschrauberanschaffung zu debattieren, sollte man es den Kommunen und Feuerwehren erst einmal einfacher machen, die vorhandenen Hubschrauber und Löschflugzeuge im Notfall billig oder gar kostenfrei zu mieten.

Angesichts der großen Brände der vergangenen Jahre hat es zwar Fortschritte in einigen Bereichen gegeben. In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“, die die Innenministerkonferenz endlich nach dem verheerenden Brand 2019 in Lüththen/Mecklenburg-Vorpommern gründete, sitzen nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch Fachleute, darunter die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und die Forstwirtschaft. Aber Arbeitsgruppen allein reichen nicht aus.

Es ist höchste Zeit, die Waldbesitzer beim Umbau und bei der Waldbrandprävention mehr in die Pflicht zu nehmen. Und Freiwillige Feuerwehren sind kein Nice-to-Have der Kommunen bei der Brandbekämpfung, sondern das zentrale Element. Sie brauchen flächendeckend eine bessere Förderung und Ausrüstung. Kein Löschflugzeug kann Prävention und gut ausgerüstete Feuerwehren ersetzen – das zeigen die Brände in Frankreich, Spanien und Griechenland, wo in diesem Sommer zigtausende Hektar Land verbrennen. Sie zeigen auch, was Deutschlands Wäldern blüht. Wer glaubt, dass das bei uns nicht möglich ist, hat den Klimawandel nicht verstanden.

6 Im Gespräch mit der Autorin.